INTERIM
Nr. 410
27. Februar 1997
auswärts 3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM

Hallöchen,
daß der Briefkasten diesmal sooo leer war führen wir darauf zurück, daß alle fleißig mit den Vorbereitungen für's Wendland beschäftigt sind. Ansonsten wurden wir gebeten noch folgendes mitzuteilen:
"Großmutters Geburtstag ist nicht bei Onkel Hein, sondern zwei Tage später. Die Enkel haben Grippe."
Wir verstehen es zwar auch nicht, aber trotzdem viel Spaß im Wendland.

Inhalt:

Ordnerliste:
- Freiheit für die Gefangenen aus der RAF
  Gedanken zur deutsch-tschechischen Erklärung
- Ein weiterer Aufruf zur Antifa Demo in München am 1.3.97
- Das Dr. Sommer-Team in der Interim

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Anschlag auf Bahnstrecke: Postzug erfaßte Hakenkralle

BM Potsdam – Mit einem Wurfanker haben Unbekannte in der Nacht zu Sonntag einen Anschlag auf die Bahnstrecke Berlin – Dessau verübt. Als ein Postzug die Stelle passierte, beschädigte die Hakenkralle die Fahrleitung auf 200 Meter. Die Strecke zwischen Belzig und Wiesenburg (Potsdam-Mittelmark) war bis halb acht Uhr morgens gesperrt. Der Zugverkehr wurde über ein Nebengleis vorbeigeleitet. Zu größeren Verspätungen beim Personenverkehr sei es nicht gekommen, so ein Bahn-Mitarbeiter.

Die Täter gehören laut Polizei vermutlich zum „militanten Spektrum der Atomkraftgegner". Im Zusammenhang mit dem Transport von Castor-Behältern wurde in der Vergangenheit eine Reihe von Anschlägen auf Bahnstrecken verübt, unter anderem auch im Land Brandenburg.

DIE TELEFONNUMMERN DER ERMITTLUNGSAUSSCHÜSSE

E.A in Lüneburg-zuständig für Aktionen in Lüneburg 04131-448444
E.A im Wendland-zuständig für Aktionen im Wendland und Umland 05843-7642

Ermittlungsausschuß Gorleben
EA Gorleben. c/o BI Umweltschutz, Drawehnerstr. 3, 29439 Lüchow, oder EA Tel und Fax 05843/7642

CASTOR ALARM   LAST MINUTE NEWS

Die Gemeinde Hitzacker stellt den Platz vor dem archäologischen Zentrum für ein Camp zur Verfügung. Der Aufbau durch die Ortsgruppe und die Karawane Banane hat begonnen. Ein umfangreiches Programm (Musik, Basteln, Fahrradreparaturen, Steinzeitperformance, Schwitzhütte, VolXküche) soll Auswärtigen und Einheimischen bereits im Vorfeld die Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen geben.

Die Gemeinde Dannenberg stellt ihre Sporthallen an der Grundschule, dem Verwaltungszentrum und in Zernien den DemonstrantInnen zur Verfügung. Polizei und BGS müssen draußen bleiben. Der Landkreis hat den Antrag des BGS, die Dannenberger Mehrzweckhalle zu nutzen, ebenfalls abgewiesen.

Der Bauantrag der BLG für einen Beobachtungsturm auf dem Zwischenlagergelände wurde von der Kreisverwaltung abgelehnt. Der Bauantrag für ein Containerdorf auf dem Endlagergelände wurde vom STAATS-Hochbauamt Lüneburg genehmigt.

Sämtliche Feuerwehreinrichtungen im Landkreis sowie die Leitzentrale in Dannenberg stehen der Bullerei nicht mehr zur Verfügung (Bei der Entscheidung der Kreisverwaltung flippten Zuschauer aus: „Beleidigung und Diffamierung jedes einzelnen Polizisten“). Eine Gruppe „Feuerwehrleute gegen Castor“ will sich an den Demos beteiligen.

Die Verbandsgemeindeversammlung beschloß am 21.2., daß der kommunale Wasserverband kein Wasser für die Wasserwerfer zur Verfügung stellen darf. Der Antrag des BGS auf dem Gelände des Verladekrans zwei Wasserentnahmestellen einzurichten wurde ebenfalls abgelehnt.

Der Leiter der Lüchow-Dannenberger Polizeistation beklagt in einem Leserbrief, daß es „hierzulande Politiker geben soll, die ernsthaft darüber nachdenken, ob man Polizeifahrzeugen das Befahren von Kreisstraßen verbieten könne“ und die „erdrückende Quantität polizeifeindlicher veröffentlichter Meinungen“.

Nach Aussage von Glogowski interessieren ihn die „Interessen der wendländischen Regionalpolitiker wenig. Notfalls würden benötigte Einrichtungen beschlagnahmt“.

Auf Grundlage des neuen Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes hat die Lüneburger Bezirksregierung ein Versammlungsverbot jeweils 50 Meter neben den Bahngleisen und der Transportstrecke erlassen, vom 3.März 0 Uhr bis 7. März 24 Uhr. Der Kreistag hatte ein solches Verbot abgelehnt.

Der Zug mit den 6 Behältern (4 aus Süddeutschland, 2 aus La Hague = 640 Tonnen Achslast) soll an der Grenze von Bayern/Hessen zusammengekoppelt werden. Da der Verladekran nur für die Aufnahme von 3 Castoren ausgebaut wurde, muß die Verladung des Castor-Six-Pack von der Schiene auf die Straßentransporter in zwei Etappen erfolgen. Es werden zunächst nur drei Castor-Behälter in die Verladestation gebracht, die anderen drei sollen „auf einem sicheren Gelände mit Gleisanschluß“ geparkt werden. Gemunkelt wird , daß es sich dabei um das Bundeswehrgelände in Munster handeln soll. Der Einsatz der Bundeswehr soll, wenn nötig, d.h. wenn sich weit mehr als 50000 Menschen querstellen, nach dem Katastrophenschutzgesetz erfolgen. Bergepanzer und anderes schweres Gerät sollen für mögliche Notfälle in Bereitschaft stehen.

Letzte Woche wurden im Wendland 6 „Objekte“ durchsucht, es ist damit zu rechnen, daß die Repression in den nächsten Tagen noch zunehmen wird. Überlegt Euch genau, was ihr wie transportiert !

PS: Das von den Castor-Behältern ausgehende Strahlenrisiko läßt sich um 90% verringern: Achte darauf, daß sich zwei Reihen Bullen dazwischen befinden.

4000 bei Demo in Neckarwestheim!!!

Nicht Sixpack, nicht einer – keiner!

Kommt ins Wendland!

Viele Menschen haben nach dem letzten Transport bekundet:" Beim nächsten Mal sind wir auch dabei !" Jetzt sind alle gefordert – denn die Gegenseite plant den großen „Abwasch". Politiker, Betreiber und Polizei werden nichts unversucht lassen, den Widerstand weiter zu kriminalisieren und als gewalttätig abzustempeln. Ein Aufspalten in „militant" und gewaltfrei" soll die Kraft der Massenbewegung brechen. Wir lassen uns weder auseinanderdividieren, noch werden wir am Tag X unseren kühlen Kopf verlieren. Wir werden entschlossen, aber besonnen Handeln. Unser Appell lautet: Kommt alle ins Wendland! Nur selten kann Demokratie so hautnah mitgestaltet werden! Auch wenn ihr euch nur ein „Bild" machen wollt – die Teilnahme am CASTOR-Widerstand erspart jahrelangen Unterricht in „Staatbürgerkunde" !

Das Streckenkonzept

Wir sind schon vorher da! Sollte die Atomindustrie – und sei es nur, um die eigene Macht zu demonstrieren an einem dritten Castor festhalten, beginnt am Wochenende vor dem vorraussichtlichen Transporttermin das X-minus Konzept. Bereits Tage vorher werden sich zahlreiche Menschen in Camps und Wagenburgen bei den Transportstrecken an Schiene und Straße einfinden. Wir werden uns einrichten und unseren Widerstand durch eine Vielfalt unübersehbarer Zeichen sichtbar machen. Wir werden präsent sein!

Das Wochenende davor

Sonnabend

- 11 Uhr: Treffpunkt an meheren Orten in Lüneburg und Sternmarsch
- 12 Uhr Auftaktkundgebung
- 16 Uhr Konvoi über Dahlenburg nach Dannenberg

Sonntag

- 11 Uhr Endlager: Beginn der „Stunkparade" mit Schleppern und Wagen. Fahrt auf der Transportstrecke von Gorleben nach Dannenberg.
- 13 Uhr: Große Abschlußkundgebung an der Strecke bei Dannenberg

Ab Montag: Wir sind eingerichtet!

Kontakte

Wagen für die Stunkparade können Gruppen über die Bäuerliche Notgemeinschaft bestellen.
Informationen allgemein: BI Lüchow-Dannenberg
Telefon (0 58 41) 46 84, Fax (0 58 41) 31 97
Noch Fragen zur Auftaktkundgebung?
LIgA, Tel. (0 41 31) 4 85 99, Fax (0 41 31) 4 75 12
Kontakt zur Aktion: „X-tausendmal quer"
Dorfstraße 30, 29462 Blütlingen, (0 58 43) 75 27

Die Telefonkette

- Wenn der Transporttermin endgültig feststeht, wird die bundesweite Telefonkette zur Mobilisierung ausgelöst.
- Mit der Abfahrt des Transportes aus Neckarwestheim wird dann ein weiteres und letztes Mal die bundesweite Telefonkette von der BI-Lüchow-Dannenberg ausgelöst.
- Spätestens von diesem Zeitpunkt an werden sich gleichzeitig an vielen Orten im Bundesgebiet Menschen Quer stellen/legen/setzen. Auch die Solidarität von internationalen Gruppen ist uns heute schon sicher.

Was können wir tun?

Es gibt unendlich viele Möglichkeiten. Nutzt die Zeit, die noch bleibt. Mobilisiert in euren politischen und persönlichen Zusammenhängen, in euren Städten und Regionen. Macht Veranstaltungen, klebt Plakate, entwickelt Aktionen. Um viele Menschen erreichen zu können, wurden verschiedene Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Zum Teil sind diese zu beziehen über das Büro der BI, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow.

UnterstützerInnen: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., LIGA, Bäuerliche Notgemeinschaft, Atomplenum Minden, Castor-Gruppe Dannenberg, Anti-Atom-Büro Hamburg, Paderborner BürgerInnen gegen Atomanlagen, Anti Atom Plenum Göttingen, Alte Anti-AKW-Gruppe Oldenburg, Idas, BI Südheide, Castor Fan-Gruppen Dahlenburg, Wendländische Zivilgesellschaft in Solidarität mit Chiapas, Redaktion Anti-Atom Aktuell, SchülerInnenring Wendland, BürgerInnen gegen Atomanlagen Himbergen, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (AGU) Winsen, OV Bündnis 90/Die Grünen Winsen, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Winsen, Naturschutzjugend Rheinland-Pfalz, ASTA der TU Braunschweig, AG Widerstand gegen den Atomstaat Braunschweig, Initiative 60, Gorleben-Frauen Bündnis 90/Die Grünen Lüchow-Dannenberg, Nix-Pack-Cooperative Höhbeck–Gartow–Gorleben, Ini 60, Atomkraftgegner Altmark und Anrainer, INTI Celle, HUmmel-Antifa aus Berlin, Eifeler gegen Atomtechnologie, Naturschutzjugend Mainz, Lüneburger Solidaritätskomitee, Madonna-Fanclub/Lüneburg, AbraXas-Projektwerkstatt Dannenberg, Antifa Lüneburg, Heinrich-Böll-Haus Lüneburg, Anti-Castor-Aktionsbündnis Nürtingen, Menschen aus dem AK Politik FRS Nürtingen, Autonome Gruppe KI, ReferentInnen-Rat Humboldt-Universität Berlin, Kieler Initiative gegen Atomanlagen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Braunschweig, SchülerInnen gegen Schacht Konrad Braunschweig, Friedensinitiative Nottuln, Initiative für gewaltfreie Energien Osnabrück, Energiewendegruppe Hannover, Jugendumweltnetzwerk Hannover.

Scheiben wegen Castor eingeworfen

lni **Hamburg**. Die Vorbereitungen für den nächsten Castor-Transport nach Gorleben werden ungeachtet neuer Anschläge militanter Atomkraftgegner planmäßig fortgesetzt. Castor-Gegner warfen laut Polizei in der Nacht zu gestern in Hamburg Scheiben des Kundenzentrums der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), eines Schulungszentrums der Dresdner Bank und eines Gebäudes der Bundesbahndirektion ein. Unterdessen bestimmte die Kreistagsmehrheit in Lüchow-Dannenberg, daß die Verwaltung anläßlich des bevorstehenden Castor-Transportes kein Demonstrationsverbot erlassen wird.

ttwoch, 19. Februar 1997

Polizeitüren mit Kot besudelt

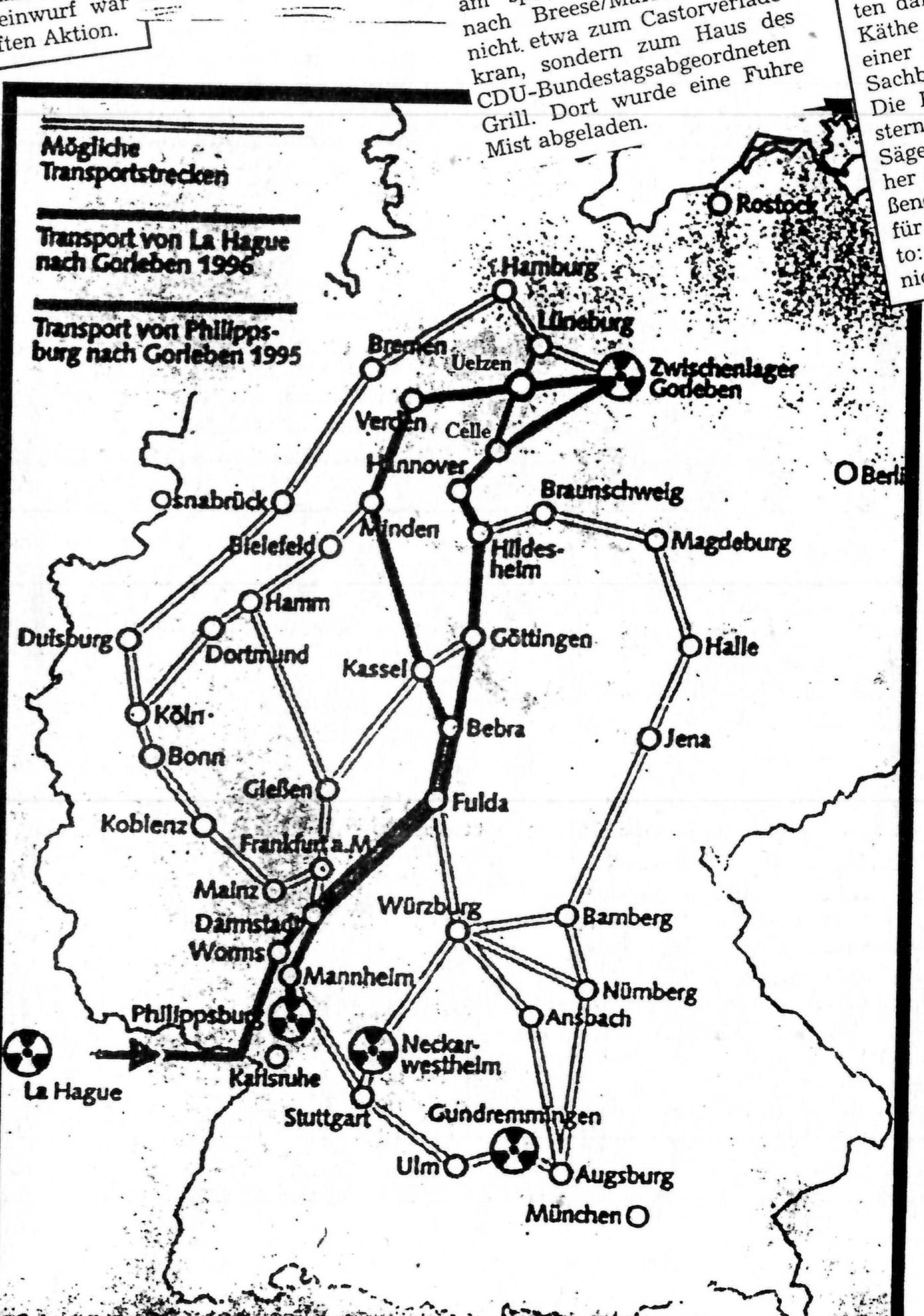
lr **Dannenberg**. Als Polizeibeamte am Sonntag ihre Arbeit in Dannenberg beginnen wollten, fanden sie die Türen ihres Dienstgebäudes in kaum glaublichem Zustand vor. Unbekannte Täter hatten die Eingangsbereiche des Hauses am Marktplatz mit Kot besudelt. Die Türgriffe waren mit den Exkrementen beschmiert, und auch der Briefeinwurf war Ziel der ekelhaften Aktion.

Auch die Bäuerliche Notgemeinschaft hatte sich mit rund 50 Traktoren an der Bahndemo beteiligt: mit Konvois und Blockaden. Ein Konvoi führte am späten Nachmittag auch nach Breese/Marsch – doch nicht etwa zum Castorverladekran, sondern zum Haus des CDU-Bundestagsabgeordneten Grill. Dort wurde eine Fuhre Mist abgeladen.

Am Castorgleis:

Strafe für sägende Rentnerin?

jg **Dannenberg.** Die 66jährige Rentnerin Käthe Nebel aus Oldenburg hat sich gestern aktiv am Beschädigen des Gleises zwischen Dannenberg und dem Atommüllbahnhof bei Breese in der Marsch beteiligt: im Rahmen der Aktion „Keine Bahn zum Castor-Krahn". Die Frau sägte so lange an den Schienen, bis sie von Polizeibeamten daran gehindert wurde. Käthe Nebel muß nun mit einer Strafanzeige wegen Sachbeschädigung rechnen. Die Rentnerin erklärte gestern: „Viel wichtiger als das Sägen selbst ist, daß ich vorher öffentlich und anschließend mit meinem Namen dafür einstehe. Nach dem Motto: Hier stehe ich und kann nicht anders."



Einige Eindrücke vom Schienenaktionstag am 15.2. an der Bahnstrecke Uelzen - Dannenberg

Die Freie Republik Wendland rief und rund 2000 Menschen kamen ...
Frühmorgens ging's los, und bei Schneeregen kamen wir in Zernien nicht gerade munter an. Aber als es dann 12 Uhr schlug und die Sonne hervorkam, versammelte sich an den Gleisen das breite Spektrum des wendländischen Widerstands: Öko-Sandalos, Kapuzen, Trecker, Singeinlagen ... alle waren da. Der Autonomen-Anteil lag erfreulich hoch, die Bereitschaft zum vermummten „Alle Tage Demontage!" konnte unter Beweis gestellt werden.
Kaum waren wir losgegangen, kam es zu massenhaftem Entschottern jener Strecke, auf der außer einem Castor-Behälter nichts mehr fahren darf. Schienen wurden gesägt und die Spezialwerkzeuge gingen von Hand zu Hand. Beliebte Entschraubungsmittel wie der „Engländer" oder Schlüssel der Größen 40, 41 und 42 (ExpertInnen stritten noch auf der Rückfahrt verbissen über die passenden Werkzeugsgrößen) ergänzten sich prima mit den neben der Strecke geernteten Holzmasten, deren Hebelwirkung immer wieder auf's neue faszinierte. Meilensteine und Findlinge gaben der Strecke eine persönliche Note. Kleine Feuerchen hatten hingegen Mühe, gegen die Witterung anzukommen. Ärgerlich waren wie immer die Bullen, die unbedingt ein paar Fotos für's Album schießen wollten und sich nicht so leicht verjagen ließen. Das lag allerdings weniger an ihrer zahlenmäßigen Präsenz (in kleinen Grüppchen meistens unter zehn!) als an unserer Unentschiedenheit, wie mit den neugierigen, Zaungästen zu verfahren ist. Manche BürgerInnen hielten ein nettes Schwätzen neben der Baustelle für die beste Möglichkeit, so daß unsere Intervention (der alte Demoschlager „Haut ab" kam zum Einsatz) nicht so gut ankam. Aber einen Bullen mit Fotoapparat zehn Meter neben am Gleis arbeitenden Menschen in einen Plausch verwickeln zu wollen, geht wirklich nicht! Selbst massives Nichteinhalten des Vermummungsverbots ist uns da zu wenig. Ansonsten harmonierten „Zugereiste" und „WendInnen" ziemlich gut. Es wurden viele gute Ratschläge ausgetaucht und die Zusammenarbeit am Gleis brachte einander näher. Beim Kuchenessen nach der Aktion kam das Gespräch auf die brutalen Bullenübergriffe bei der Siemensdemo in Berlin zur Sprache. Empörung auf beiden Seiten und gegenseitiges „ChaotInnen-Outing" (O-Ton zwei ältere Frauen: „Wir sind unappetitliches Pack." Daraufhin von uns: „Wir sind die ChaotInnen aus den Großstädten, wir machen das beruflich ..."). So lernten wir uns wieder ein wenig genauer kennen.
Ziemlich lax umgegangen wurde mit den Zivis, die sich mit Knöpfchen im Ohr unter die Werktätigen mischten und noch meinten, gute Tips geben zu müssen. Enttarnungsaktionen haben irgendwie nicht so viele Leute interessiert, als daß wir die Zivis wirklich losgeworden wären. Scheiße! Die „echten" Bullen haben sich soweit ich es gesehen habe sehr zurückgehalten und waren nicht auf größeren Streß aus. Wir hätten also ruhig eine Spur gelassener an die Sache rangehen können und uns nicht vor zehn Bullen von einer schon sehr gut bearbeiteten Baustelle zurückziehen brauchen, an der nur noch der letzte Schliff fehlte ... Naja, aber kaputt = Spaß hatten wir letzten Endes genug.
Auf der Abschlußkundgebung in Hitzacker (wo es wieder zu regnen anfing) gab es dann nochmal die schon übliche BI-Beschallung wie schon beim Auftakt in Zernien. Schade, daß es weder nennenswert Flugblätter noch Redebeiträge aus autonomer Sicht gab. Die Arbeitsteilung scheint nach wie vor nicht überwunden, und die Autonomen als „militanter Arm der BI" (wenn schon nicht mehr der Grünen) grummelten bei Kirchenliedern und Wolfgang Ehmke nur vor sich hin, anstatt mal selbst ans Mikro zu treten.
Ach so, von der Randale (Steine und Zwillen gegen Bullen und deren Autos), die es in den Medien vor allem gab, habe ich nichts mitbekommen, aber das ist bei so einer langen Strecke auch nicht verwunderlich. Ein sehr schönes Transpi gab es noch: „Atomanlagen abschalten sonst knallt's".
Zusammengefaßt war sehr viel möglich, von ins Gespräch kommen mit den Menschen dort bis zu tatkräftiger Sabotage an der Ausweichstrecke. Daß unsere „sonstigen" Inhalte auf eben dieser Strecke mal wieder ziemlich (liegen)geblieben sind, haben wir uns selbst zuzuschreiben. Mehr linke Positionen in den Widerstand hineintragen, damit hapert es noch ein bißchen.
Alles in allem war's trotzdem ein schöner und schweißtreibender Tag im Wendland, eine gute Einstimmung für die kommenden NIX-Tage im März (falls sie das Sixpack wirklich losschicken). Auf der Rückfahrt haben wir über Radio von den Antifa-Aktionen am Samstag gehört und uns gefreut, daß die JN-Faschos so viel abbekommen haben.

E.I.N.E. K.A.P.U.Z.E.

D E N   A T O M S T A A T

UND SEINE KAPITALISTISCHEN, RASSISTISCHEN UND PATRIARCHALEN

W U R Z E L N   A N G R E I F E N ! !

KAMPF GEGEN DEN CASTOR HEISST KAMPF GEGEN DIE HERRSCHENDE ORDNUNG !!

Wir haben in der Nacht zum 18.2.97 Geschäftsräume der HEW (Osterstr., 20259 HH), der DRESDNER BANK (Oberstr.88, 20149 HH) und der DEUTSCHEN BAHN AG (Museumstr.39, 22765 HH) entglast und mit Farbe eingedeckt! Sie sind Teil der Verflechtung von Privatwirtschaft, Politik, Militär, Polizei, Kontrollgremien und Aufsichtsbehörden im Atomstaat BRD.

Die HAMBURGER ELEKTRIZITÄTSWERKE (HEW) gehören zu den acht größten Energieversorgungsunternehmen (EVU) der BRD und liefern jährlich 15 Mio. Kilowattstunden Strom; davon zeitweise bis zu 80% aus den von ihr betriebenen AKWs Brokdorf, Brunsbüttel, Stade und Krümmel. Skrupellos werden im Sinne der Profitmaximierung veraltete Techniken (Schweißnähte, Druckbehälter) eingesetzt, dafür Abnahmezeugnisse und Überwachungspläne zusammen mit dem TÜV gefälscht und zunehmende Leukämieraten ignoriert. Außerdem ist die HEW über die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) an den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie der "Entsorgung" aller dt. AKWs beteiligt. In Zukunft wird auch die Ausdehnung des Geschäfts auf Osteuropa und den Trikont angestrebt.

Die DRESDNER BANK ist eine der führenden KreditgeberInnen für das Stromkartell und damit maßgeblich an der Durchsetzung der Atomenergie beteiligt. Neben finanziellen Interessen (Kreditlaufzeiten) ist das Unternehmen auch an den drei größten EVUs RWE (27,6%), VEBA (22,8%) und VIAG (2,4%) beteiligt und sitzt im Dt. Atomforum. Im Wechsel mit der Dt. Bank stellt sie den Aufsichtsratchef der RWE. Billigstrom für die Großindustrie, Blockade alternativer Energieformen und die Ausdehnung des Kraftwerkstandorts Europa sind Grundzüge der Firmenpolitik.

Beide Unternehmen verdanken Fundamente ihrer jetzigen Macht dem Nationalsozialismus: umfangreiche Zwangsarisierungen vergrößerten die Dresdner Bank, während die HEW als "Kriegsmusterbetrieb" Häftlinge aus den KZs Neuengamme und dem Außenlager Alt-Garge beim Bau der Kraftwerke Ost-Hannover und Neuhof einsetzte und den ZwangsarbeiterInnen noch bis in die 90er-Jahre "Entschädigungszahlungen" verweigert.

Die DEUTSCHE BAHN AG schafft mit ihren Transporten von Castorbehältern, Brennelementen und Uranvorräten erst die Voraussetzungen für das "Funktionieren" des atomaren Geschäfts. Das extrem hohe Risikopotential und die ständige Strahlenbelastung wird ignoriert.
Außerdem ist die Deutsche Bahn AG Miteigentümerin von Atomanlagen (z.B. 18,2% am AKW Neckarwestheim).

L A S S T   U N S   D I E   V E R F I L Z U N G   A N   A L L E N   ECKEN
A U F D E C K E N   U N D   A N G R E I F E N !!

GEGEN DIE MENSCHENVERACHTENDE POLITIK VON STAAT UND WIRTSCHAFT -
FÜR EINEN LEBENDIGEN UND MILITANTEN WIDERSTAND !

emonstriert, blockiert, sabotiert in Hamburg und im Wendland !!
Lasst es krachen und klirren - lohnende Ziele gibt es überall !!
Spuckt der Atommafia in die Suppe!



Linksradikaler Arbeitskreis
für die Stillegung aller Atomanlagen und der HERRschenden
Klasse

BEATE - UHSE - INTERNATIONAL
WIR KOMMEN WIEDER - ALLE MAL

Vor ein paar Tagen wurde von uns in Greifswald in der Langen Straße eine Niederlassung von BEATE-UHSE-INTERNATIONAL angegriffen,wobei die Scheiben demoliert und das Innere des Geschäftes mit Farbe „verschönert" worden ist.Wir verstehen diesen Angriff als einen Teil des Kampfes gegen Sexismus und Patriarchat.Auch soll dies symbolisch,unseren Zorn gegenüber dem System verdeutlichen,welches,ganz der kapitalistischen Logik entsprechend,Mensch und Natur bis auf's Letzte verwertet.Sei es in der Umwelt die Ressourcen,oder Mensch als Arbeitskraft,oder,in diesem Fall,Frau ,als Konsumgut.Klar für uns ist jedoch,daß Sexismus viele Facetten hat,und die Vermarktung der Frau,wie sie in der Pornographie stattfindet,nur die Spitze des Eisberges ist.Die Vielschichtigkeit von Sexismus und Patriarchat durchstreift das gesamtgesellschaftliche Leben.Der Mann bestimmt die Gesellschaft.In der Politik,in familären Zusammenhängen - in allen öffentlichen Bereichen steht MANN seinem MANN.Frauen sind tagtäglich mannlicher Gewalt ausgesetzt.Gesetzliche Strangulationen wie Einschränkung des §218 ,wobei Frau entmündet und ihrer Selbstbestimmung beraubt wird,oder auch der juristische Schutz von Vergewaltigern,wo allzu oft Täter-Opfer-Verhältnisse vertauscht werden und Vergewaltigung als natürlicher männlicher Trieb heruntergespielt wird,sind in diesem „demokratischen,ach so gleichberechtigten" Staat nur ein Teil täglicher Männergewalt.Als etwas dem MANNE ewig zur Verfügung stehendes,wird Frau durch Werbung,Film und sonstigen Medien dargestellt und schon dem „jungen MANN" von Kind an eingehämmert.HERRschende klagen über Geburtenrückgang und fordern mehr Nachwuchs.Frau wird damit als bloße Gebärmaschiene für mehr Produktivkräfte für das kapitalistische System herruntergedrückt.Frau ist ein Teil des Reproduktivsektors und hat dem MANNE zur Erholung,,zur Reproduktion seiner Leistungskraft" zu dienen.Sexuelle Gewalt und Ausbeutung von Frauen zeigen sich in Pornographie am deutlichsten.Frau ist Verfügungs- und Konsumgut.Der Verfügungswahn des MANNES ,entstehend durch z.B. beschönigende Darstellungen von Vergewaltigungen in Pornos,ist unter anderem Grundlage für Vergewaltigungen.Für die Herstellung von Pornos werden mittellose Frauen dazu benutzt ihren Körper für wenig Geld zu verkaufen,damit sich der notgeile Hauspascha vorm Fernseher einen runter holen kann.Pornos leisten sexueller Gewalt Vorschub und sind deswegen ein wesentlicher Bestandteil patriarchaler Gewalt,die es zu bekämpfen gilt.

Sexismus bekämpfen - in den Köpfen,in Familie und im Öffentlichen Leben !



Auch dieses Jahr gehen am 8. März Frauen/Lesben weltweit auf die Straße, so auch wir in Berlin.

Wir beziehen uns an diesem Tag auf die Geschichte des 8. März als internationalem Frauenkampftag, der Anfang dieses Jahrhunderts aus den Kämpfen von Arbeiterinnen gegen Kapitalismus und für bessere Lebensbedingungen entstanden ist.

Im wiedervereinigten Deutschland feiern die Herrschenden 1997 mit Siemens 150 Jahre Firmengeschichte und damit 150 Jahre Ausbeutung!
Auch Siemens ging als Sieger hervor aus den von Deutschland angezettelten Weltkriegen, aus Faschismus, und dem darauffolgenden Kalten Krieg. Wir nehmen den 150. Jahrestag der Siemensgründung zum Anlaß an diesem 8. März gegen Siemens als einen multinationalen Konzern, der - historisch und aktuell - für Kapitalismus, Ausbeutung, Unterdrückung und Menschenvernichtung steht, zu demonstrieren.

Die Situation ist schwierig. Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten können Kapitalismus und Imperialismus immer ungehemmter agieren. Der Gier der Multis nach Rohstoffen, Absatzmärkten und dem größtmöglichen Profit werden kaum Grenzen gesetzt. Verarmung, Entwurzelung der Menschen und Vernichtung der Lebensgrundlagen sind in immer mehr Ländern der Erde und in immer größerem Ausmaß die Folgen. Die Spitze davon sind Kriege und Hungersnöte.
Weltweit sind Millionen von Frauen, Kindern und Männern auf der Flucht und auf der Suche nach Überlebensmöglichkeiten. Vor allem Frauen und Kinder bleiben dabei auf der Strecke. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge gelangt überhaupt in die Festung Europa. Einlaß finden nur die, die
kapitalistisch verwertbar sind.

Auch hier in der BRD ist der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten nicht ohne Folgen geblieben. Durch die Annexion der DDR wieder zum Großdeutschland geworden, befindet sich die bundesdeutsche Gesellschaft in einem Umwälzungsprozeß. Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus sind offen zur herrschenden Ideologie geworden. Das Kapital nimmt einstmals erkämpfte Rechte zurück (unter dem Schlagwort „Sozialabbau“ bekannt). Und der nach wie vor ungebrochene Sexismus tritt wieder sichtbarer zutage, was aktuell für viele Frauen (mit oder ohne deutschen Paß) bedeutet, daß sie ihre ökonomische Unabhängigkeit noch mehr verlieren. So werden sie wieder verstärkt in Zwangsgemeinschaften mit Männern gedrängt. Ökonomische Unabhängigkeit ist aber eine wesent-liche Voraussetzung, das eigene Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Die Herrschenden setzen mittels ideologischer Kriegsführung alles daran, ihre Wahrheit und ihre Allmacht in unsere Köpfe und Herzen zu pflanzen. Alternativen zum kapitalistischen System sollen nicht einmal mehr denkbar sein, u.a. soll linksradikale und feministische Widerstandsgeschichte ausradiert werden.

Während von politischer Seite die deutsche Geschichte des Nationalsozialismus umgeschrieben und relativiert werden soll, setzen die deutschen Konzerne, z.B. Siemens, ihre Weigerung, die Verantwortung für den Einsatz von ZwangsarbeiterInnen zu übernehmen, fort. Bis heute werden keine Entschädigungszahlungen an die wenigen noch lebenden Überlebenden gezahlt.

Weder dem linksradikalen FrauenLesbenwiderstand noch der gesamten gemischten Linken ist es in den letzten Jahren gelungen, diesen üblen Entwicklungen eigene Vorstellungen von Leben und Teilen wirksam entgegenzusetzen.
FrauenLesben - es ist an der Zeit, daß wir uns wieder und neu zusammenschließen, um dem allen nicht tatenlos zuzusehen und eine grundlegende Veränderung zu erkämpfen!!
Es gibt manchen Grund zu resignieren - ABER es gibt noch mehr Gründe zu handeln: unsere Würde und unsere Vorstellungen von einer anderen Welt!

FRAUEN/LESBEN GEHT RAUS AUF DIE STRASSE !!!!!
FÜR FRAUENBEFREIUNG WELTWEIT !!!!
AUF ZUR DEMO AM 8. MÄRZ 1997 !!!

Vollversammlung zur Demo: 28.2.1997 19:30 Uhr, Yorckstr. 59 HH, 2. Stock rechts

Demo: **8. März 1997 11:30 Karl-Marx-Platz (U-Bhf. Neukölln und Rathaus Neukölln mit Fahrstuhl)**

Route: *Karl-Marx-Platz, Karl-Marx-Str., Fuldastr., Sonnenallee, Hermannplatz, Kottbusser Damm, Hohenstauffenplatz (Zickenplatz)*

8. März Internationaler FrauenLesbenkampftag

Motivation

Daß es überhaupt noch welche gibt, die sehen, was hier los ist, die nicht in Rassismus, Sexismus und Nationalismus übereinstimmen, ist für mich ÜBERLEBENSWICHTIG! Hätte ich nicht immer noch Frauen/Lesbenstrukturen - wie desolat auch immer -, ich wüßte nicht, woraus ich überhaupt Kraft ziehen sollte.
Daß wir wieder viel mehr werden, das wünsch ich mir !
Ich gehe auf jeden Fall zur 8. März- Demonstration !!!!!!!!!!!

FRAUENBEFREIUNG WELTWEIT !!!

EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR FRAUEN/LESBEN !!!!



Geschichte des 8. März

Der 8. März geht u.a. auf den Streik von Tabak- und Textilarbeiterinnen am 8.3.1908 in New York zurück. Sie forderten das Frauenwahlrecht, kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Seit diesem Jahr gab es Ende Feb/Anfang März immer wieder Frauenstreiks und Frauenkämpfe.
1911 fand der 1. internationale Frauenkampftag in Dänemark, Österreich, Deutschland, Schweiz und USA statt.

Am 8.3.1917 setzten Textilarbeiterinnen in Petrograd mit Streiks und Friedensdemonstrationen den Anfangspunkt für die Februarrevolution. Um diese Kämpfe nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und an sie anzuknüpfen, erklärte die „2. Internationale Konferenz der Kommunistinnen" im Jahre 1921 den 8. März zum „Internationalen Frauenkampftag" !!!



KAPITALISMUS ABSCHAFFEN !!!
SIEMENS STILLEGEN !!!!

Siemens in der Nazi-Zeit

Der Siemens-Konzern hatte viele seiner führenden Kräfte in Schlüsselstellungen der Nazi-Verwaltung, und beschäftigte eine beträchtliche Zahl von ZwangsarbeiterInnen.
1937 waren 85% der Produktionskapazität für die Herstellung von Erzeugnissen eingesetzt, die direkt oder indirekt mit der Wiederaufrüstung zusammenhingen, und während des Krieges ging ein noch größerer Teil der Produktion von Siemens in die Rüstung.
Siemens beutete die Arbeitskraft von ZwangsarbeiterInnen, KonzentrationslagerinsassInnen und Kriegsgefangenen aus. 1943 machten sie über 30% der Gesamtbelegschaft aus. Sie wurden ausgebeutet und gequält; viele sind verhungert oder wurden „durch Arbeit vernichtet".
Bis heute hat sich die Siemens-AG ihrer Verantwortung entzogen. Ein einmaliges finanzielles „Trostpflaster" erhielten lediglich 2.203 jüdische Überlebende durch das hartnäckige Engagement der Jewish Claim Conference in den 60er Jahren, jedoch ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches auf Entschädigung. Die übergroße Mehrheit der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen wurde bis heute nicht entschädigt !

WIR FORDERN VON DER SIEMENS-AG:

- die rückhaltlose Aufklärung der Siemens-Firmengeschichte
- die Anerkennung des den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zugefügten Leids und Unrechts
- die Bestätigung des Rechtsanspruches der Betroffenen auf finanzielle Entschädigung
- die finanzielle Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen

FÜR EINE POWERIGE, LUSTVOLLE UND LAUTSTARKE FRAUENLESBENDEMO !

Auch Entenvieh macht Mist

Erste Anklage in Sachen radikal

Im Januar fanden 4 angebliche Mitarbeiter der radikal ihre Anklageschrift im Briefkasten. Wir gehen davon aus, daß der Prozeß in absehbarer Zeit in Koblenz beginnen wird.

Auch bei uns haben nur wenige den rechten Überblick, wo überall Staatsanwaltschaften und Justiz etwas gegen die *kriminelle Vereinigung radikal* zusammenbrauen. Deshalb werden wir diesen Text damit beginnen, daß wir einen Gang durch den Dschungel der Durchsuchungen und Verfahren schlagen, um etwas Struktur in die verworrene Lage zu bringen.

Im zweiten Teil informieren wir über die erste Anklage, über die konkreten Vorwürfe. Wir gehen auf die Folgen ein, die sich aus den Verfahren und den beabsichtigten Urteilen ergeben würden.

Im dritten Teil lassen wir den Ankläger selbst sprechen. Er redet - gestützt auf BKA-Auswertungen -über das konspirative Innenleben und die Organisierung der radikal, und mit diesem Bild einer *kriminellen Vereinigung* werden wir während des Prozesses konfrontiert werden.

Das folgende ist trockene Kost, was allerdings am Thema liegt:

Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren

Eine Chronologie der Durchsuchungen und Verfahren:

—▸ am 13.6.95 an 55 Orten in 10 Städten wegen KOMITEE, AIZ, RAF und radikal.

—▸ am 14.12.95 in Dresden, auf der Suche nach Verantwortlichen für den angeblichen Verkauf bzw. "das Verleihen" der radikal in einem Infoladen. Verdacht auf *Werbung für eine terroristische Vereinigung*.

—▸ am 19.12.95 in Oldenburg, Bremen, Kiel, Münster und Braunschweig, wo gegen vermeintliche Kontaktadressen und eine Druckerei der radikal-Struktur vorgegangen wurde. Verfahren wegen *Unterstützung* sowie *Mitgliedschaft* in der radikal.

—▸ am 17.7.96 in Flensburg, Hamburg, Buxtehude, Speyer, Mannheim und Ludwigshafen. Verfahren gegen 4 Leute wegen *Unterstützung* der radikal, weil sie sie verteilt bzw. abonniert hätten.

—▸ im Herbst 1996 in Karlsruhe gegen zwei Verantwortliche eines Buchladens, wo die radikal verkauft worden sein soll. Vorwurf: *Unterstützung*

—▸ am 11.12.96 in Vaals (Niederlande) und in Aachen gegen ein angebliches *Mitglied* der radikal. Die Durchsuchung sorgte in den Niederlanden nachträglich für einigen Skandal.

—▸ am 30.1.97 in Berlin gegen 3 angebliche *Mitglieder* der radikal. Einer davon ist Redakteur der linken Tageszeitung 'Junge Welt'.

Für all diese - unvollständig aufgelisteten - Überfälle und die zugrundeliegenden Verfahren ist die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe verantwortlich.

Den Durchsuchungen vom 13.6.95 lagen diverse Ermittlungsverfahren und Haftbefehle gegen 7 Leute zugrunde. Sie lauteten auf *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbung für terroristische Vereinigung* und anderes.

Der Ursprung der radikal-Verfahren liegt in einem Haus in der Eifel, das verwanzt war und monatelang vom LKA Rheinland-Pfalz abgehört wurde. Dabei sollten Erkenntnisse über die Illegalen der RAF rausspringen, indem man Leute bespitzelte, die sie *RAF-Umfeld* nennen. Stattdessen wollen sie an einem Wochenende im September 1993 das Treffen eines überregionalen radikal-Gremiums belauscht haben. Die abgehörten Gespräche protokollierten sie wortwörtlich auf 700 Seiten.

In den folgenden Monaten ordneten sie 7 Leute diesem Treffen zu. Sie wurden über ein Jahr observiert und belauscht, ihre Kontakte wurden durchgecheckt und dabei weitere Verfahren eingeleitet.

Am 13.6.95 griffen sie zu. Bei den Durchsuchungen wurde Material beschlagnahmt, das sie als internen Schriftverkehr der radikal bezeichnen, und aufgrund dessen sie noch einen Haftbefehl ausstellten, weitere Verfahren einleiteten, sowie am 19.12.95 erneut in 5 Städten durchsuchten. Auch hier wollen sie auf internen Schriftverkehr gestoßen sein. Alle folgenden Durchsuchungen und Verfahren begründeten sie mit Funden vom 13.6. und 19.12.95.

Von den insgesamt 8 mit Haftbefehl gesuchten Leuten tauchten 4 unter, während die 4 anderen für ein halbes Jahr eingelocht wurden. Kurz nach ihrer Entlassung im Dezember 95 gab die Bundesanwaltschaft (BAW) ihr Verfahren an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Koblenz ab. Im Abschlußbericht der BAW hieß es unter anderem, daß der Anfangsverdacht, die 4 hätten *terroristische Vereinigungen unterstützt* (also nicht nur für sie geworben) durch die weiteren Ermittlungen nicht bestätigt werden konnte.

Die Koblenzer Verantwortlichen sind: Oberstaatsanwalt Knieling und der Vorsitzende des 2.Strafsenats am Oberlandesgericht (OLG) Dr.Vonnahme.

Die 4 Abgetauchten stellten sich im Laufe des letzten Jahres, wobei einer für knapp drei Monate eingelocht wurde. Ihm und einem anderen wird nicht nur die Mitwirkung an den radikal-Ausgaben 148-152 zwischen September 93 (Lauschangriff in der Eifel) bis zu den Razzien am 13.6.95 angelastet, sondern auch die Nr.153 und.154, die später erschienen, und an deren Erstellung bzw. Logistik sie sich mit beipielhafter krimineller Energie auch auf der Flucht beteiligt hätten. Gegen einen lief bis kurz vor seiner Rückkehr auch ein Verfahren wegen AIZ, das aber eingestellt wurde.

Auch das Verfahren gegen diese 4 wurde von Hofmann (BAW) abgegeben, diesmal an die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Düsseldorf. Abgegeben wurde auch das Verfahren gegen eine Frau, gegen die - zwar ohne Haftbefehl - ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der radikal* ermittelt wird und wegen AIZ ermittelt wurde.

(AIZ-Verfahren liefen gegen über ein Dutzend Leute, wovon einige mitlerweile eingestellt sind.)

Verantwortlich für die seit November 96 in Düsseldorf weiterlaufenden Ermittlungen ist Oberstaatsanwalt Bien. Inzwischen wurden die Ermittlungsakten den 5 Beschuldigten weitgehend zugestellt, wobei es sich auch hier, wie bei den Koblenzer 4, um einen Berg von um die 100 Akten handelt. Wann Anklage erhoben wird, ist unklar.

Über die Gründe, warum Verfahren mit gleichlautenden Vorwürfen aufgetrennt und vor verschiedenen OLGs verhandelt werden sollen, läßt sich spekulieren. Die BAW hätte auch nach Celle, Bremen, Hamburg, Berlin oder ein anderes Bundesland abgeben können, da sich die Straftaten in verschiedenen Bundesländern abgespielt haben sollen und entsprechend die jeweiligen OLGs zuständig gemacht werden können.

Auch ohne zu spekulieren läßt sich allerdings feststellen, daß so zweimal die Chance besteht, ein für die BAW genehmes Urteil zu bekommen. Es geht ja darum, eine vermeintliche Redaktion und angebliche UnterstützerInnen pauschal als *kriminelle Vereinigung* (Par.129) zu verurteilen, was in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte eine Neuigkeit wäre. Scheitert das womöglich im Prozeß gegen die 4 in Koblenz, gelingt es womöglich in Düsseldorf, zumal ein zweiter Prozeß in der Regel weit weniger Beachtung und damit Öffentlichkeit findet als der erste.

Unabhängig der Koblenzer 4 und Düsseldorfer 5 sitzt die BAW auf diversen anderen radikal-Ermittlungsverfahren. Gegen weitere 9 Leute aus 5 Städten wird ebenfalls wegen *Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung radikal, Werbung für terroristische Vereinigungen* u.a. ermittelt, was insgesamt also 18 Leuten vorgeworfen wird. Ermittelt wird außerdem gegen mindestens 16 Leute aus 8 Städten wegen *Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal*. Insgesamt laufen also 34 radikal-Verfahren, von denen wir wissen.

Während ersteren die direkte Zugehörigkeit und Beteiligung an der radikal-Struktur vorgeworfen wird, sollen letztere sie unterstützt haben, indem sie beispielsweise ihre Adresse für Briefkontakte zur Verfügung stellten, die radikal verteilten oder auch nur über ihre Homepage einen Hinweis (Link) darauf legten, wo die radikal im Internet eingesehen werden kann. Wegen diesem Vorwurf wird Angela Marquardt, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der PDS, in Berlin angeklagt. Ihr Prozeß wird vermutlich im Juni beginnen.

Anmerkung:
Im Herbst 1996 startete die BAW den Versuch, die über den niederländischen Anbieter 'xs4all' (sprich: Access for all, Zugang für alle) ins Internet eingespeisten radikal-Seiten zu isolieren. Sie schickte dem Verein der deutschen Anbieter (Provider) ICTF einen Drohbrief, demzufolge sie Beihilfe für Straftaten begehen würden, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die radikal-Seiten von Deutschland aus nicht mehr abgerufen werden können. Die aufstrebenden Jungunternehmer vom ICTF reagierten, wie es deutsche aufgeklärte Jungunternehmer nunmal tun: mit Selbstzensur. Das heißt Sperrung der über Deutschland abrufbaren radikal-Seiten (z.B. des Links auf der Homepage von Angela Marquardt), und als dies nichts half, mit einer kompletten Blockade von 'xs4all'.
Aber auch das ging in die Hose. Nicht zuletzt wegen der Hartnäckigkeit von 'xs4all' entwickelte sich die Angelegenheit zum Bumerang für die deutschen Provider und die BAW. Die beabsichtigte Zensur im Internet stieß auf weltweite Beachtung und Solidarität. Die amerikanische EFF, angesehene Pioniere des Internet, lösten den "weltweit, dringenden Zensur-Alarm" aus, woraufhin die radikal-Seiten innerhalb weniger Tage von Providern in Kanada, USA, Japan u.a. gespiegelt, d.h. kopiert wurden. Im Netz gab es viele Diskussionen, wie die Zensur zu umgehen sei. Heute existieren im Internet weltweit 8000 Archive, in denen die radikal-Seiten zu finden sind, und allein bei 'xs4all' werden sie monatlich 3-4000 mal abgerufen. Selbst über den 'Spiegel-Online' landet man mit zwei Mouseklicks auf den radikal-Seiten.

Was die BAW mit diesen Verfahren anzufangen gedenkt, weiß sie vielleicht selbst noch nicht genau. Tatsache ist, daß Ermittlungen nach den Paragrafen 129 (hier: *Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung*) und 129a (hier: *Werbung für terroristische Vereinigungen*) besondere polizeiliche Maßnahmen ermöglichen, wie Abhörmaßnahmen, Observationen oder das Datenzapfen bei anderen Behörden und Versorgungsunternehmen.

Tatsache ist auch, daß solche Verfahren für die Betroffenen mehr oder minder Streß bedeuten, da sie ständig mit Überwachung und Lauscherei rechnen müssen ohne gleichzeitig zu wissen, was ihnen konkret vorgeworfen wird. Wenn die Ermittlungen irgendwann eingestellt werden, also keine Anklage und kein Prozeß folgt, werden sie nie Akteneinsicht erhalten und nie erfahren, aufgrund welcher Behauptungen sie und ihr Umfeld ausgeschnüffelt wurden. Dann wird es heißen, *der Verdacht konnte nicht oder nur ungenügend bestätigt werden* (oder so ähnlich), aber gewisse Dienste werden ihre während der Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse wohl kaum auf den Müll schmeißen..

Möglich ist auch, daß die BAW diese Verfahren am laufen hält bis in Koblenz und/oder Düsseldorf das Urteil gesprochen wurde. Wird die radikal dort als *kriminelle Vereinigung* denunziert, könnten weitere Mitglieder, Unterstützerinnen und Handverkäufer pauschal abgeurteilt werden. Eine Prozeßlawine ohne Ende wäre möglich. Besonders da Hofmann (BAW) diesen Fall mit bissigem Elan verfolgt und ihn als Sprungbrett für Karrieregelüste zu nutzen versucht.

Die Vorwürfe in der Koblenzer Anklage

Jetzt zur ersten Anklage in Koblenz.

Das folgende ist sicher kein Krimi in Prosa und wird für die meisten, die sich mit dem Mist nicht schon mal rumschlagen mußten, nicht leicht zu verstehen sein. Aber wir bemühen uns. Unseres Erachtens darf die Juristerei in politischen Verfahren nicht vernachlässigt werden (was nicht heißt, daß man alles darauf bauen sollte), und in diese Maschine können über kurz oder lang alle geraten, die Widerstand leisten. Also sollten sich auch alle ein bißchen auskennen.

Wie bereits erwähnt rechnen wir mit Prozeßbeginn ab Sommer. Angeklagt sind Rainer Paddenberg aus Münster, Andreas Eheresmann und Ralf Milbrandt aus Hamburg und Werner Konnerth aus Berlin. Die 4 saßen von Juni bis Dezember 95 im Knast.

Sie sollen folgende krimelle Handlungen begangen haben:

1. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (Par.129),

wobei einer der 4 als Rädelsführer eingestuft wird. Das Ziel dieser Organisation bestehe darin, Straftaten zu begehen. Die Straftaten bestehen darin, in verschiedenen radikal-Ausgaben zu eben Straftaten aufgefordert, sie gebilligt und dazu angeleitet, sowie für terroristische Vereinigungen geworben zu haben.

Das will sagen: die radikal ist deshalb eine kriminelle Organisation, weil sie Straftaten begeht, indem sie über Straftaten schreibt, diese dokumentiert, darüber diskutiert. Das Verbrechen besteht darin, Gesetzesbrüche öffentlich zu befürworten und Tips dafür zu geben. Oder nochmal umgangssprachlicher: Wer sagt und schreibt, daß für ihn oder sie das geltende Recht beziehungsweise staatliche Gewaltmonopol nicht bindend ist und gar zu Gesetzesbrüchen aufruft, begeht ein Verbrechen.

Im dritten Teil gehen wir ausführlicher auf ihre Definition dieser kriminellen Vereinigung ein.

2. Presseinhaltsdelikte

sind Verbrechen, die sich aus dem Inhalt und dessen Veröffentlichung in einer Zeitung ergeben. In Artikel 5 der Verfassung werden Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit zwar garantiert, gleichzeitig aber durch andere Gesetze außer Kraft gesetzt. Beispielsweise durch den Jugendschutz und das Strafgesetzbuch.

Im einzelnen sollen die radikal Nr.148-152 folgende Presseinhaltsdelikte enthalten:

2.1. Unterstützung für terroristische Vereinigungen (Par.129a) in 5 Fällen.

(Dieser Vorwurf steht im Widerspruch zu den Vorgaben der BAW bei der Verfahrensabgabe. Wir gehen davon aus, daß statt *Unterstützung* nur *Werbung für terroristische Vereinigungen* verhandelt wird, zumal Staatsanwalt Knieling zu erkennen gab, daß ihm hier eine peinliche Verwechslung der Begriffe unterlaufen ist.)

Inhaltlich geht es um einen Absatz zur niederschmetternden Erkenntnis, daß der Knast-Neubau in Weiterstadt nicht mehr steht. Dadurch soll die RAF *propagandistisch gestärkt* worden sein. Ebenso gestärkt worden sein sollen die AIZ (zweimal), die Rote Zora und eine RZ durch die Veröffentlichung von Aktionserklärungen.

Es soll *allgemeinkundig* sein, daß es sich bei diesen Gruppen um terroristische Vereinigungen handelt. Ob das reicht, bzw. ob ein Staatsanwalt darüber entscheiden kann, was *Allgemeinkunde* zu sein hat, wird im Prozeß geklärt werden müssen. Entscheidender scheint eher, ob eine Gruppe als terroristisch *gerichtsbekannt* ist, also ob schonmal Leute mit dem 129a verurteilt wurden, wie Gefangene aus der RAF, IRA und PKK.

Die AIZ beispielsweise sind als terroristische Vereinigung nicht *gerichtsbekannt*, weil noch niemand deswegen verurteilt wurde. Derzeit sitzen zwei Männer, die sie den AIZ zuordnen, im Knast. Nach ihren eigenen Gesetzen brauchen sie aber mindestens drei Leute für eine terroristische Vereinigung, und weil sie das Gesetz auf die Schnelle nicht ändern können, suchen die Büttel derzeit krampfhaft nach einem oder einer Dritten, um ihre Vereinigung AIZ daraus zu basteln.

Scheinbar weiß auch Oberstaatsanwalt Knieling aus Koblenz, daß er mit seinen *allgemeinkundigen* Vereinigungen auf dünnem Eis wandelt. Die BAW, der Beißverein, hätte gerne auch das KOMITEE und die 'revolutionären Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen', (die die Druckerei der neurechten 'Junge Freiheit' abfackelten) zur terroristi-

schen Vereinigung erklärt, was Knieling scheinbar als zu gewagt verwarf.

2.2. *Billigung von Straftaten in 19 Fällen (Par.140)*

In allen Fällen geht es um den Abdruck von Aktionserklärungen. Ob kommentiert oder nicht, *"aus der Art der Veröffentlichung, insbesondere der Vielzahl dieser Textbeiträge, ergibt sich auch deren friedensstörende Eignung. Es wird die Absicht der Hersteller von 'radikal' deutlich, diese andauernden, schwerwiegenden Rechtsgutverletzungen als nahezu selbstverständliche Folge gesellschaftskritischer Einstellung zu schildern, ohne über die Opfer und den angerichteten Schaden zu reflektieren."*

Es geht um:

- 11 Brandanschläge auf Autos der Luxusklasse zur Vertreibung von Yuppies und Drogendealern aus Kiezen und Vierteln,
- Brandanschlag der 'Flammenden Herzen' auf ein Kreiswehrersatzamt,
- 2 Brandanschläge auf von Faschisten besuchte Jugendclubs,
- Sprengstoffanschlag des KOMITEE auf eine Bundeswehrkaserne,
- Brandanschlag auf ein Kreisbüro der CDU,
- Raub der Abo-Listen der neurechten 'Junge Freiheit',
- Anschlag auf eine Sateliten-Empfangsanlage im Widerstand gegen Pornos, Gewalt- und Machokultur auf SAT1 und RTL,
- Brandanschlag auf die 'Junge Freiheit'-Druckerei.

2.3. *Öffentliche Aufforderung zu Straftaten in 3 Fällen (Par.111)*

Laut Knieling wird in einem Artikel das Fälschen von Sozialversicherungsausweisen schmackhaft gemacht, und in zwei der oben genannten Erklärungen *zur Begehung weiterer entsprechender Straftaten* beziehungsweise zu *militanten Aktionen in Form von Sachbeschädigungen und Körperverletzung* aufgerufen.

2.4. *Anleitung zu Straftaten in 2 Fällen (Par.130a)*

Gemeint sind Anleitungen für das Abfackeln von Autos und zur Herstellung von Oberleitungshaken, die sich im Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben großer Beliebtheit erfreuen.

Für all diese Pressedelikte gelten Verjährungsfristen: spätestens 3 Jahre nach Erscheinen der Zeitung muß der Prozeß mit einem Urteil beendet sein, sonst verjähren alle Werbungen, Billigungen und Anleitungen in der betreffenden Ausgabe.

In Koblenz geht es um die radikal-Ausgaben 148-152. Die Nr.148 (deren angebliche Planung in dem Eifel-Haus belauscht wurde) erschien im November 1993, also verjährten im November 1996 alle in ihr enthaltenen Presseinhaltsdelikte. Die Nr.149 erschien im März und die Nr.150 im Juli 1994. Es ist nicht damit zu rechnen, daß bis Juli 1997 ein Urteil vorliegt, also können auch diese beiden Ausgaben gehakt werden.

Demnach bleiben in diesem Prozeß die Ausgaben 151 (Dezember 94) und 152 (April 1995). Im April 1998 wären auch sie verjährt und mit ihnen alle Presseinhaltsdelikte, also auch der 129a-Vorwurf. Da das Oberlandesgericht aber wegen des 129a zuständig ist, müßte der Prozeß abgebrochen und an das Landgericht Koblenz runtergegeben werden. Dann bliebe nämlich nur noch der 129er, und dafür ist eben das Landericht zuständig. Es müßte neu angeklagt und ein neuer Prozeß terminiert werden, denn für die Bildung krimineller Vereinigungen (129) ist keine Verjährung vorgesehen, auch wenn diese Vereinigungen gar nicht mehr existieren sollten.

In anderen Verfahren, wo den Betreffenden (wie z.T. in Düsseldorf) die Beteiligung an der radikal Nr.153 und 154 vorgeworfen wird, werden die Presseinhaltsdelikte erst im November 1998 bzw Juni 1999 verjähren.

3. *Steuerhinterziehung in einer Höhe von 16.450 DM*

Deutsche Gründlichkeit vergißt nichts: *"Die kriminelle Vereinigung und ihre Mitglieder sind als Unternehmen bzw. Unternehmer anzusehen."* Als solche hätten sie den Gesamtumsatz von 235.000 DM für 8 radikal-Ausgaben mit einer Auflage von je 5000 Exemplaren nicht dem Finanzamt gemeldet und so Steuern hinterzogen.

Möglicherweise wird sich dieser Vorwurf auf die Frage zuspitzen, was von der Steuer übrigbliebe, wenn Porto- Fahrt- und andere abschreibungsfähige Kosten abgezogen werden. Darüber kann dann die 'Titanic' berichten...

Worum geht es?
Die *kriminelle Vereinigung* radikal

Die Presseinhaltsdelikte (129a, 140, 111 und 130a) sind ein wichtiger, aber nicht der einzige Weg zum Ziel. Ein anderer besteht darin, die radikal als *hochkonspirative Organisation* festzuklopfen. Ihre Geschichte und Struktur wird nachgezeichnet um zu belegen: das war von vornherein eine kriminelle Bande, die sich nur deshalb gegründet hat, um Straftaten zu begehen. In dieser Logik ist bereits die verdeckte Organisierung als Folge und Schutz vor der Repression ein Verbrechen.

Das Herzstück der Anklage ist der Vorwurf: radikal = kriminelle Vereinigung (Par.129). Wie bereits erwähnt, verjährt er nicht, und wird, falls er auch nur in einem Prozeß durchkommt, weitreichende Auswirkungen auf andere Verfahren, die Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten der Linken haben.

Am Beispiel kurdischer Vereine, Verlage und Zeitungen läßt sich sehen, wie uferlos er zur Kriminalisierung einer ganzen Volksgruppe eingesetzt wird. Im Januar bestätigte das Bundesverwaltungsgericht (BVG) das Verbot des kurdischen Berxwedan-Verlages und der Nachrichtenagentur Kurd-Ha, weil sie von der PKK abhängige Organisationen wären. Die Anhängigkeit ergebe sich aus der Veröffentlichung von PKK-Erklärungen, was auf die *volle inhaltliche Übereinstimmung und gemeinsame Willensbildung* schließen lasse.

Hier wird mal locker behauptet, daß diejenigen, die die Worte einer kriminalisierten Organisation veröffentlichen, allein deshalb selbst Bestandteil dieser Organisation wären.

Die Dimension der pauschalen Kriminalisierung einer Volksgruppe (derzeit sitzen ca. 300 Kurden und Kurdinnen in deutschen Knästen) läßt sich nicht ohne weiteres auf die deutsche Linke übertragen. Hier geht es darum zu verdeutlichen, wie mit einem Paragraphen die alltägliche Verfolgung gesellschaftlich legitimiert wird, und welche Auswirkungen ein 129er-Urteil gegen die radikal für die Linke haben kann.

Es würde die eh schon mageren politischen Artikulations- und Diskussionsmöglichkeiten der Linken in der BRD deutlich verschlechtern, weil es auf alle linken Medien (Zeitungen, Radios, Videogruppen), Druckerinnen und Verbreitungsstrukturen (Buch-, Infoläden, Handverkäufer) angewendet werden kann. Ihre Inhalte könnten pauschal verfolgt werden, weil sie von *kriminellen Vereinigungen* verfasst, gedruckt und verteilt würden. Sie würden weitaus mehr in den Untergrund gedrängt als es schon heute der Fall ist, und die Aussicht, bestimmte Positionen nur noch im kleinen, vertrauten Zirkel vertreten zu können, ist auch heute keine allzu schwarz gemalte Vision.

In der Folge würde die Bedeutung linker Argumentation in gesellschaftlichen Diskursen noch mehr abnehmen, zumindest könnten alle als kriminell oder terroristisch interpretierbaren Worte der Selbstzensur - das heißt der Angst vor Repression - zum Opfer fallen. Die Linke würde noch mehr ins Abseits oder in den Untergrund gedrängt, wenn sie ihre Systemopposition im öffentlichen Rahmen nicht deutlich benennt oder ihre militanten und bewaffneten Arme und Beine in der eigenen Diskussion endgültig aufgibt.

Nicht nur der Maulkorb wird einer Zeitung stellvertretend für alle angelegt, sondern auch die Form der verdeckten Organisierung kriminalisiert.

"Die radikal hat seit 1984 mit dem Prinzip von Auslandsadresse, unsichtbaren Verteil-Strukturen und anonymer Redaktion einen Freiraum geschaffen, von dem viele andere Zeitungen bis heute profitieren. Autonome Zeitungsgründungen in den 80er Jahren (z.B. Razz, Swing, Ausbruch, Agitare Bene, Interim...) machten dieses Prinzip in abgewandter Form zu ihrem." (aus einem Veranstaltungsaufruf).

In Koblenz wird also auch über verdeckte Strukturen gerichtet, die nie ein Selbstzweck sondern notwendiges Mittel sind, linke Politik auch außerhalb staatlicher Kontrolle und Repression zu artikulieren und zu organisieren. Ohne dieses Mittel hängt der Teil linker Diskussion, der sich theoretisch wie praktisch mit revolutionärer Politik und der Abschaffung des Sytems auseinandersetzt, am staatlichen Tropf. Wann immer es der Repression beliebt, kann der Stecker gezogen und die Verbreitung unliebsamer Erklärungen und Diskussion verhindert werden. Die Alternative wäre, sich Schritt für Schritt den gesetzten Spielregeln anzupassen.

Unabhängig von Maulkörben, Kommunikationsmöglichkeiten und verdeckten Strukturen hat jeder Angriff auf ein Projekt der radikalen Linken Auswirkungen auf alle anderen:

"Wenn die BAW mit ihrem jetzigen Angriff durchkommt ohne nennenswerten Widerstand zu ernten, bedeutet das, daß alle, die an einer linksradikalen Perspektive festhalten und dies auch in irgendeiner Form in die Tat umsetzen, in ihrem politischen Aktionsradius noch weiter eingeschränkt werden. Wie schon gesagt wurde gehen wir davon aus, daß die jetzige gesellschaftliche Situation von einem Kräfteverhältnis bestimmt ist, wo es dem Staat möglich ist, auf allen Ebenen linke Gegenkonzepte nicht nur zurückzudrängen, sondern für lange Zeit in die Totaldefensive zu drängen. In einer solchen Situation hat ein Frontalangriff des Staates auf ein wie auch immer beschaffenes Teilprojekt der radikalen Linken schwerwiegende Konsequenzen für alle anderen." (aus einer Veranstaltungs-Broschüre)

Urteile werden zwar von einzelnen Richtern gefällt, aber in politischen Prozessen hängen sie von vielen Faktoren ab: von der Verteidigung, von der Abhängigkeit und Laune der Richterin, von juristischem Schnickschnack wie Verjährungsfristen und Lauschangriffen in diesem Fall.

Erfahrungsgemäß hängt der Ausgang politischer Prozesse auch vom öffentlichen Druck und dem Druck der Straße ab. Er kann zumindest bewirken, daß die Angelegenheit nicht nur auf ihrer - der juristischen - Ebene entschieden wird. Nach der Einstellung des 129-Verfahrens gegen die Antifa (M) stellte einer ihrer Sprecher fest: *"Ohne das große öffentliche Interesse und den damit verbundenen Druck auf die Generalstaatsanwaltschaft in Celle wäre das Verfahren nie eingestellt worden"*.

Erfahrungsgemäß wird dieser Druck weniger von bürgerlichen Medien erzeugt, die sich bis auf wenige Ausnahmen kaum für den Fall radikal interessieren, sondern von unten. Über Aktionen, Veranstaltungen, Demos und tausenderlei andere Aktivitäten in Stadt und Land, die dann - ab einer gewissen Qualität und Häufigkeit - auch von den Medien nicht übersehen werden können.

Deshalb wird es mit von allen abhängen, die die Problematik sehen, sich solidarisieren und anhand ihrer Möglichkeiten dafür sorgen, daß den Bütteln diese Suppe ungenießbar wird.

Der Staatsanwalt hat das Wort,

damit er sich nicht übergangen fühlt. Im Folgenden zitieren wir aus der Koblenzer Anklage, die im großen und ganzen aus BKA- und BAW-Berichten abgeschrieben wurde.

Zur Geschichte der radikal weiß Oberstaatsanwalt Knieling nichts groß neues zu berichten, deshalb sparen wir uns diesen Teil. Hingegen wollen wir seine Ausführungen zur Struktur der radikal ausführlich wiedergeben. Einerseits um eure Vorstellungskraft anzuregen und um andererseits zu zeigen, was sie jenseits von Paragraphen an dieser *hochkonspirativen* Geschichte so nervt, daß sie sie nicht zulassen können.

Zitate aus der Anklage:

1. Chronologie und Zielsetzung der 'radikal'

'radikal' versteht sich als Sprachrohr und Kommunikationsorgan des militanten, linksterroristischen Spektrums. Die verdeckte Herstellung und Verbreitung des Blattes dient dazu, "offensiv zu militanten Aktionen aufzurufen und anschlagsrelevante Ziele veröffentlichen zu können". (...)

Im wesentlichen bestehen die Veröffentlichungen in 'radikal' aus der Abhandlung linksextremistischer/ -terroristischer Themenfelder und aus der Publikation von Selbstbezichtigungsschreiben, Positionspapieren sowie aus konkreten Anleitungen zur Begehung von Anschlägen und anderen Straftaten. (...)

'radikal' führt auch 'Interviews' mit Mitgliedern terroristischer Vereinigungen durch. So enthielt die Ausgabe Nr.131 ein 'Interview' mit der 'RAF', die Ausgabe Nr.147 ein 'Interview' mit einer 'Revolutionären Zelle' und die Ausgabe Nr.148 ein solches mit einer 'militanten Gruppe'. (...)

Darüber hinaus veröffentlichte 'radikal' bisher vielfach konkrete Anleitungen zur Begehung von Anschlägen und anderen Straftaten. In einem in 'radikal' Nr.149 (März 1994) enthaltenen 'alphabetischen Stichwortverzeichnis der radikal' wurde unter der Überschrift 'Bastelanleitungen' eine Zusammenfassung nahezu aller Anleitungen zur Begehung von Straftaten, die bislang in der 'radikal' erschienen sind, mit entsprechender Fundstelle aufgelistet, wie z.B. die Sabotage einer Tankstelle und die Herstellung eines Brandsatzes mit elektrischer Zündung. In der Ausgabe Nr.145 vom Februar 1992 ist eine Montageanleitung mit exaktem Schaltplan zum Bau einer elektronischen Zündverzögerungseinrichtung für Brandsätze abgedruckt worden. Die Verantwortlichen der 'radikal'-Redaktion hatten hierzu erklärt, man habe die Anleitung vor Veröffentlichung "selber getestet".

2. Entscheidungsgremien in der 'radikal'-Organisation

Das signifikanteste Merkmal der für die Herausgabe und Verteilung von 'radikal' verantwortlichen Personengruppierung ist ein außergewöhnliches Maß an Konspiration. Es wird u.a. mit einer umfangreichen Liste von Codewörtern gearbeitet, die bei jeder Art der Kommunikation innerhalb der Organisation - vom persönlichen Gespräch bis hin zu verschlüsselten Dateien - Anwendung findet. (...)

Der für die Herstellung und die Herausgabe von 'radikal' (Codewort 'Ente') verantwortliche Personenkreis, zu dem die Angeschuldigten zählen, bildet spätestens seit der Umorganisation zu einer Untergrunddruckschrift ab der Ausgabe Nr.128 vom September 1984 eine festgefügte, konspirative Organisation, die verschiedene - nachfolgend dargestellte - Gremien hat und an der verschiedene regionale Gruppen beteiligt sind. Ihre Mitglieder, die sich auch bei unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen zur Erreichung des gemeinsamen Zieles dem Gruppenwillen unterordnen, haben Decknamen und sind jeweils in örtlichen linksextremistischen Spektren oder Gruppierungen verankert.

Die Mitglieder der 'radikal'-Organisation verstehen sich erklärtermaßen als "verdeckte Struktur". In dem Flugblatt 'bleibt radikal' heißt es zur Organisationsstruktur:

"Jeder, der oder die eine Zeitung machen will, braucht 'festgefügte Organisationsstrukturen', muß sich zusammensetzen, über den geplanten Inhalt diskutieren, die Verteilung organisieren, Abos verschicken, Artikel schreiben, auf Leserinnen antworten und und und. Was uns von jeder legal erscheinenden Zeitung unterscheidet ist die Tatsache, daß wir diese Struktur der staatlichen Kontrolle und damit dem Zugriff der Zensurbehörden entzogen haben. Wir haben über die Jahre eine Organisationsstruktur aufgebaut, mit der eine für den derzeitigen Zustand der radikalen Linken vergleichsweise hohe Auflage von Zeitung verdeckt bundesweit verteilt wird. Wie andere Gruppen, die versuchen offene und verdeckte Strukturen aufzubauen, sind wir so wieder zur Zielscheibe verschärfter Repression geworden." (...)

Die arbeitsteilig ausgerichtete Organisation ist den Erfordernissen entsprechend effizient strukturiert. Ihre Basis besteht aus verschiedenen regionalen Gruppierungen, die untereinander Kontakt halten. Diese liefern Beiträge und Informationen für 'radikal' und beteiligen sich insbesondere an der Verteilerarbeit.

Darüber hinaus gibt es mehrere Gremien:

a) 'Big Bäng'

Das mit dem Codewort 'Bäng' oder 'Big Bäng' bezeichnete Gremium, welches als Gesamttreffen der 'radikal'-Organisation gestaltet ist, befaßt sich mit Grundsatzfragen wie etwa Verhaltensweisen im Entdeckungsfall durch die Polizei oder der Festlegung von Codierungen.

b) 'VV'

Bei der 'VV' handelt es sich um ein Gremium, bei dem im größeren Kreis Grundsatzdiskussionen über die Zielsetzung von 'radikal' geführt werden.

c) 'Fraß' / 'Fete'

Das 'Fraß'- und das 'Fete'-Gremium haben die Planungs-, Führungs- und Steuerungsfunktion. Sie sind insbesondere für Erstellung und Herausgabe der jeweiligen Ausgaben verantwortlich. Ihre Arbeit ist eng miteinander verzahnt. Beide Gremien, zwischen denen ständig Informationen ausgetauscht werden, treffen sich abwechselnd, wobei in der Regel für jede Ausgabe von 'radikal' jeweils zwei Sitzungen stattfinden.

(Anmerkung: bei dem belauschten Treffen in der Eifel-Hütte soll es sich um das Fraß-Gremium gehandelt haben*)*

- *'Fraß'*

  Dieses Gremium wird aus den Vertretern der verschiedenen regionalen 'radikal'-Gruppen ('Regio'-Gruppen) gebildet und besteht aus fünf bis sieben Personen. Die Treffen des 'Fraß'-Gremiums finden an verschiedenen geheimgehaltenen, möglichst abgelegenen Orten statt. Seine Aufgabe ist zum einen der Informationsaustausch zwischen den regionalen Gruppierungen und Spektren in bezug auf 'radikal'. Zum anderen ist das Gremium für die Organisation und technische Umsetzung der Vorbereitung, Erstellung und Verteilung der jeweiligen Ausgaben von 'radikal' sowie die Verbesserung und Koordinierung der erforderlichen Organisationsabläufe zuständig. Es leistet auch redaktionelle Arbeit im Hinblick auf den Inhalt der jeweiligen Ausgaben ('Senf'). (...)

- *'Fete'*

  Das aus wenigen Personen bestehende konspirativ tagende 'Feten'-Gremium befaßt sich ebenfalls mit der gesamten praktischen Umsetzung und Organisation bei der Vorbereitung, Erstellung und Verbreitung von 'radikal'. Auch in diesem Gremium wird redaktionelle Arbeit geleistet.

3. Arbeitsabläufe und Arbeitsweise der 'radikal'-Organisation

Die für die Erstellung, Herausgabe und Verbreitung von 'radikal' notwendigen Arbeitsschritte und -abläufe sind vergleichbar mit denen einer legalen Druckschrift. Die Arbeitsweise ist dagegen zum Schutz vor Strafverfolgung äußerst konspirativ und auf Verdeckung angelegt.

a)

'radikal' unterhält wechselnde Kontaktadressen (Tarnbezeichnung 'Lohnbüro') im Ausland, um einen Zugriff der Strafverfolgungsbehörden unmöglich zu machen. An diese Kontaktadresse werden Geldzahlungen und Rückmeldungen der Abonnenten geschickt. Darüber hinaus werden dorthin Textbeiträge linksextremistischer Gruppierungen, Tatbekennungen zu militanten oder terroristischen Anschlägen und ähnliche Beiträge gesandt, die nach dem Willen ihrer Einsender von 'radikal' veröffentlicht werden sollen. Die genannten Einsendungen ('Lohn') an die Kontaktadresse werden sodann abgeholt und bearbeitet. Es werden sogenannte 'Lohnlisten' geführt, in denen die Geldeingänge und -außenstände, Abonnementsänderungen oder -kündigungen sowie weitere für die Betreuung der Abonnenten wichtige Informationen und eingesandte Beiträge registriert werden.

b)

In den mit der konkreten Umsetzung der Erstellung, Herausgabe und Verbreitung von 'radikal' befaßten 'Fraß-' und 'Feten'-Gremien wird die redaktionelle Arbeit geleistet und der Inhalt der jeweils nächsten Ausgabe von 'radikal' ('Senf') festgelegt. Hierzu werden die im 'Lohn' enthaltenen Tatbekennungen und sonstige Texte sowie Beiträge, die von den 'Regio-'-Gruppen stammen oder von diesen bzw. Gremienteilnehmern beschafft wurden, verwendet und auch eigene redaktionelle Beiträge erstellt. Beide Gremien befassen sich auch mit den Finanzen der Organisation.

c)

Nach Abschluß der redaktionellen Arbeiten werden bei den 'Samba'-Treffen von den hierfür zuständigen Mitgliedern das Layout und die Druckvorlagen hergestellt ('tanzen'). Danach werden die jeweiligen Texte der Druckvorlage zusammengeführt, etwaige letzte Änderungen vorgenommen und die endgültige Druckvorlage an die Druckerei übergeben ('Ebbe'). Der Druck ('kochen') wird konspirativ in Druckereien ('Herde') durchgeführt, die strengen Kriterien der verdeckten Herstellung genügen müssen. Die Auswahl und Verpflichtung geeigneter Druckereien erfolgt durch verschiedene Mitglieder der 'radikal'-Organisation.

d)

Nach dem Druck beginnt die Verteilungsarbeit ('Surfen'). Die gedruckten Exemplare werden von einem Mitglied der Organisation mit einem Kraftfahrzeug von der Druckerei abgeholt. An einem vorher festgelegten geeigneten Ort, wie beispielsweise an großen öffentlichen Parkplätzen, erfolgt die sogenannte 'Flut', d.h. die Großverteilung der Gesamtauflage an andere Mitglieder, die für die regionale Weiterverteilung zuständig sind.

Die Benachrichtigung der Weiterverteiler über Ort und Zeit der Übergabe erfolgt verdeckt über einen 'coolen' Telefonanschluß ('Miete'), in der Regel mittels Telefax. Dabei wird eine unauffällige Form, wie etwa die Übermittlung von Rechnungen, gewählt, wobei bestimmte, z.B. in Verbindung mit Geldbeträgen, Gewichtsangaben und Rechnungsnummern stehende Zahlen als Verschlüsselung dienen.

Die Verteilungsarbeit wird fortgesetzt durch Weitergabe der bei der 'Flut' übernommenen Kontingente an regionale Weiterverteiler. Diese sind für die Verteilung in bestimmte Zielgebiete ('Welle') zuständig. Sie verfügen über entsprechende Abonnentenlisten ('Tüten'), denen teilweise auch Anschreiben angefügt sind, und versenden an die Abonnenten auf den Postwege die hierfür vorgesehenen Exemplare. Die Abonnenten, die mehrere Exemplare bestellt haben, oder Handverkäufer ('Batterien') erhalten Päckchen ('Splinte') oder Pakete ('Dübel'). Beliefert werden auch 'Info'-Läden ('Tanks').

Zur Lagerung bzw. Zwischenlagerung von zu versendenden Exemplaren oder alter Ausgaben von 'radikal' ('Nockenwellen') sowie sonstiger wichtiger Gegenstände werden Verstecke ('Koffer') benutzt, wie etwa die Wohnung unverdächtiger Personen.

e)

Die Kommunikation der Mitglieder der 'radikal'-Organisation erfolgt in vielfältiger Weise, jedoch stets konspirativ. Bei den 'Fraß/Feten'-Treffen werden die Besprechungen überwiegend unter Verwendung verschlüsselter Begriffe geführt. Außer Codewörtern werden für Zeit- und Ortsangaben vorher festgelegte Zahlencodes ('Schnackel') verwendet.

Neben den genannten Tagungen der Gremien sowie anderen persönlichen Treffen erfolgt die Kommunikation auch über auf dem Postweg versandte verschlüsselte schriftliche Mitteilungen. Diese werden jedoch nicht an die Adresse eines Mitglieds gesandt. Vielmehr unterhalten die Mitglieder jeweils sogenannte 'Kabel', d.h. Kontaktadressen einer Kontaktperson ('Draht'). Diese leitet den Brief dann an den tatsächlichen Adressaten weiter.

Verschlüsselte Informationen werden weiterhin über 'coole', d.h. für sicher gehaltene Telefax- und Telefonanschlüsse ('Miete'), namentlich im Zusammenhang mit der Verteilarbeit übermittelt.

Die Mitglieder der 'radikal'-Organisation bedienen sich darüber hinaus in weitem Umfang der Hilfe von Personalcomputern. Wichtige Informationen werden auf Disketten gespeichert, die teilweise mit komplexen Verschlüsselungssystemen gesichert sind. Informationen werden dabei durch den Austausch solcher Disketten zwischen den Mitgliedern übermittelt.

Die Angehörigen der 'radikal'-Organisation sind überdies ständig bemüht, staatliche Beobachtungs- und Verfolgungsmaßnahmen ('Schrauben') zu erkennen und sich ihnen zu entziehen. Sie hören den Polizeifunk ab, überprüfen, ob sie beobachtet werden und richten ihr gesamtes Verhalten sowie die Lage ihrer Trefforte danach aus, staatlichen Maßnahmen zu entgehen. Dabei führen sie auch sogenannte Gegenobservationen ('Filter') durch.

Bei Verständigungsproblemen und anderen Nachfragen wendet euch an:

—▸ OSta Knieling, Josef-Görres-Platz 5-7, 56068 Koblenz, Tel. 0261/30448-30, Fax 0261/3044810

—▸ Dr.Vonnahme, OLG Koblenz, Stresemannstr.1, 56068 Koblenz, Tel. 0261/102-562, Fax 0261/102-673

Informations-AG der bundesweiten Soligruppen, Februar 97

Kontakt u.a. über:

—▸ Antirepressionsbüro, Dieffenbachstr.33, 10967 Berlin, Tel. 030/6949254, Fax 030/6949354 (Mo 18-20h, Mi + Fr 11-14h)

—▸ Informationsdienst SH, Bahnhofstr.44, 24534 Neumünster, Tel. 04321/46542, Fax 04321/43459, E-Mail: ID-SCHLESWIGHOLSTEIN@BIONIC.ZERBERUS.DE

—▸ Infostelle der Soligruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Tel.+ Fax 040/433007

bundesweites Solikonto: Rote Hilfe e.V., Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto 719 007 56

radikal Bezugsadresse: äußerer Umschlag: Ravage, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam
innerer Umschlag: Z.K. / radikal online: http://www.xs4all.nl/~tank/radikal

---

De



Prozeßauftakt vom Gericht abgesagt

der prozess gegen claus, der am 7. februar vor dem hamburger amtsgericht beginnen sollte, ist vom zuständigen richter wenige stunden vor dem angesetzten termin telefonisch abgesagt worden. claus wird in der anklage 'gefährliche körperverletzung' vorgeworfen am 16. Juni 95 bei einer demo in hamburg gegen die bundesweiten razzien vom 13.juni polizisten angegriffen zu haben.
dem zuständigen richter ist am tag vor prozessbeginn von den bullen mitgeteilt worden, dass er sich doch auf ein grösseres öffentliches interesse vorbereiten solle und man müsste doch noch besondere 'sicherungsmassnahmen' absprechen. daraufhin scheint der besagte richter erst begriffen zu haben, was für ein prozess da auf ihn zukommt. jetzt wird zwischen den zuständigen gerichten versucht, den prozess gegen claus mit dem gegen gunnar wegen landfriedensbruchs zusammenzulegen. der prozess gegen gunnar ist ihnen ganz offensichtlich wichtiger, da gleichzeitig auch verfahren gegen die beteiligten bullen des einsatzzuges mitte laufen.

zum einen halten wir den rückzieher des gerichts für einen erfolg unsrer mobilisierung. gericht und bullen haben gemerkt, dass es ihnen schwerfallen wird, die prozesse in aller ruhe durchzuziehen. in ihren neuen planungen wird deutlich, dass sie die ohnehin schon aufgeblasenen verfahren noch grösser machen wollen, was zum wiederholten mal ihr verurteilungsinteresse dokumentiert.

bis jetzt ist eine neue terminplanung nicht abzusehen. achtet bitte auf entsprechende veröffentlichungen.

prozessgruppe 16.6

Informationen zu dem rechtsradikalen Konzertserien in Ostsachsen

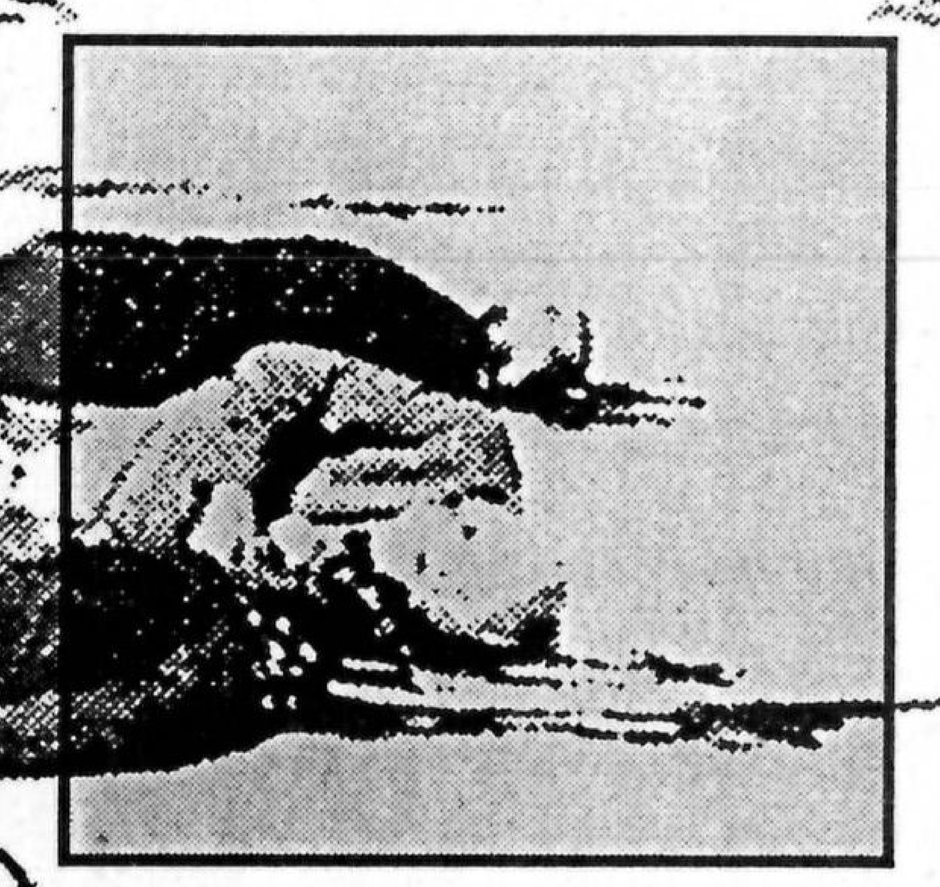
Wie bereits in der einschlägigen Presse gemeldet, sollte am Samstag, den 15.02.1997 in der sächsischen Gemeinde Markersdorf bei Görlitz (Niederschlesischer Oberlausitzkreis - NOL) ein Konzert von einer oder mehreren Bands aus dem rechten Spektrum stattfinden, welches polizeilich verboten wurde. Trotz des Verbots fanden sich ca. 250 Naziskins in der Region ein, welche auf der Suche nach einer Ausweichveranstaltung in einer Diskothek in Nieder-Seifersdorf fündig wurden. Im Verlauf dieser Veranstaltung kam es zu Ausschreitungen (Sachbeschädigung und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, wie z.B. des Hitlergrußes) in deren Folge die Polizei mit 400 Beamten in Absprache mit dem Betreiber der Diskothek die Veranstaltung beendete und mehrere Personen in Gewahrsam nahm. Anders als Samstag, den 15.02.97 wurden in dieser Region in den vergangenen Monaten mehrere rechte Konzerte genehmigt und durchgeführt. So fanden in der 30km von Görlitz entfernten Gemeinde Mücka im dortigen Disko-Club WODAN (bezeichnenderweise nach einem germanischen Kriegsgott benannt) mindestens vier Konzerte mit Bands wie NOIE WERTE und RADIKAL statt. Diese wurden, einschließlich des Konzertes vom letzten Samstag, von ein und der selben Person organisiert und hatten mit teilweise **1200 Besuchern** (meist Naziskins) aus dem gesamten Bundesgebiet enormen Zuspruch. Nur durch massive Polizeipräsens konnten größere Zwischenfälle vermieden werden. Was die Polizei nicht verhindern kann, ist die Tatsache, daß sich bei solchen Veranstaltungen Rechtsradikale aus der gesammten Bundesgebiet organisieren und vernetzen. Ergebnisse solcher Machenschaften sind offensichtlich und bekannt. Da sich die lokale Presse über diese Veranstaltungen sehr bedeckt hält und die regionale Antifaszene qualitativ und quantitativ schwach ist, bleiben diese Aktivitäten von der Linken unbemerkt und können somit vom Organisator ungehindert durchgeführt werden. So sind spätestens im März (mutmaßlich im Mückaer WODAN) nächste Konzerte geplant.

Rassistische Propagandaveranstalltungen stoppen!

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!

Die Verbrechen der Wehrmacht können nicht geleugnet werden

Ab 25. Februar bis 6. April 1997 findet im Münchner Rathaus die Wanderausstellung **„Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“** statt, in der die Greueltaten des Naziregimes und der Wehrmacht dargestellt werden.



Bundesweit versucht sich ein rechtes Spektrum von einem Großteil der CSU, Bund Freier Bürger bis hin zur NPD und anderen militanten Neonazis an der Reinwaschung der deutschen Wehrmacht.

In München bereiten die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, eine bundesweite Demonstration gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht vor. Längst sind JN und NPD zum Sammelbecken für Neonazis aus verbotenen Gruppen geworden. Wir werden weder die Diffamierung der Ausstellung noch den Nazi-Aufmarsch hinnehmen!

Kein Nazi-Aufmarsch in München!

Treffpunkt Samstag für AntifaschistInnen und DemokratInnen:

1. März, 11°° Uhr

Geschwister-Scholl-Platz, U3/U6 Universität

Unterstützer: AG Junge GenossInnen in und bei der PDS, München; AIDA e.V. – Antifaschistisches Archiv; Antifaschistische Aktion München; Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe München; AStA der Geschwister-Scholl-Universität München; Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Bayern, Stadtverband und Stadtratsfraktion München; DFG-VK Gruppe München – Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen; Deutsche Kommunistische Partei (DKP) München; Deutscher Freidenkerverband e.V. München; Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, München; Dritte-Welt-Café; Freidenker-Jugend München; Grüne Jugend München (GJM); Infoladen München; JIG – Jugendinitiative Grafing; Juso Hochschulgruppe, Juso KV 2, KV 8, KV 10; Kreisjugendring Ebersberg; Münchner Bündnis gegen Rassismus; Münchner Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend; Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.; Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) München; PDS BO München-West /Gruppe Rudi Egelhofer; PYSK München – Sozialistische Bündnis Partei Kurdistan; Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) – IV. Internationale; Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP); Stern-Taxi; einigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA); Volxkinogruppe Ebersberg; **sowie folgende Einzelpersonen:** Uwe Adamczyk, MdL Sachsen (PDS); Eva Bulling-Schröter, MdB S); Annemarie Fingert, Betriebsrätin; Denise Foerster, Stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Bayern; Ralph Giordano, Schriftsteller; Lisa Hechenberger, Betriebsrätin; Bernd Heise, Betriebsrat; Dieter ebrandt, Kabarettist; Wolfgang Linke, Betriebsrat; Hans Lux, Betriebsratsvorsitzender; Max Mannheimer, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau; Leo Mayer, Betriebsrat; Rudolf Steinberger, Betriebsrat u.a.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für diese Seite: Sigi Benker, ℅ Bündnis 90/Die Grünen, Marienplatz 8, 80313 München, Druck: Druckwerk GmbH, München, Gestaltung: Wob

Um gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik der Regierungskoalition zu protestieren und ihre heuchlerische Politik zu entlarven

Kommt zahlreich am 4. März zur

Demonstration

um 9:30 am Brandenburger Tor
(S - Bahnhof Unter den Linden)

Kundgebung

um 11:00 - Haus der Kulturen der Welt - Tiergarten
(Busverbindung: Linie 100 vom Zoo oder Alexanderplatz)

! Gleiche Rechte für Alle und die Abschaffung aller Sondergesetze, wie das Ausländergesetz !

- **Die Rücknahme der Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht!**
- **Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts - Mehrstaatigkeit u. Territorialprinzip!**
- **Ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und Deserteure!**
- **Die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl!**
- **Die Abschaffung der Abschiebehaft!**
- **Die Legalisierung der Illegalisierten (Menschen ohne Aufenthaltstatus)**

AufruferInnen: *Antirassistische Initiative e.V., Polnischer Sozialrat e.V., Initiative "Gleiche Rechte für Alle" - DIDF, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, AusländerInnen-Referat des AStA der FU, Kurdische Gemeinde Berlin e.V., Kurdisches Zentrum e.V., Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Oromo Horn von Afrika-Zentrum, Internationale Romani Union, ius soli e.V., AG Asyl für Deserteure/Kampagne gegen Wehrpflicht & Militär, ADA e.V., Bündnis90/Grüne Landesverband, Flüchtlingsrat Berlin, PDS-Landesvorstand, Hundert Blumen Kulturzentrum, SOS-Rassismus Berlin e.V., Büro für medizinische Flüchtlingshilfe, Aktionskreis gegen Abschiebungen, PDS AG International, Abt. ImmigrantInnen & Flüchtlinge-B90/Grüne, Internationale Liga für Menschenrechte, Bezirkselternausschuß Kreuzberg, Mahnwache Brandenburger Tor,*

Nazi-Treffen sind kein Gewinn - Nazi-Treffen bringen keinen Gewinn !!!


Hoher Sachschaden

Bisher noch nicht ermittelte Täter zertrümmerten nachts sieben große Fensterscheiben sowie die Scheibe der Zwischentür einer Gaststätte am Sackring. Der Schaden wird von der Polizei auf mehrere tausend Mark geschätzt.

Am 8.2.97 fand in Braunschweig ein faschistischer Liederabend der Jungen Nationaldemokraten (JN) statt. Die Jugendorganisation der NPD ist ein Sammelbecken der militanten Neo-Faschisten. Ihre Treffen dienen zur Verbreitung menschenverachtenden faschistischen Gedankenguts.
Die Veranstaltung fand im Prager Garten im Kegelzentrum (BS-Lehndorf) statt. Durch das Äußere und Verhalten („Sieg Heil"-Rufe und -Zeichen ...) der Teilnehmenden war der faschistische Charakter eindeutig erkennbar.
Trotzdem wurde ihnen der Saal zur Verfügung gestellt. Ob aus Gewinnsucht oder politischer Sympathie bleibt offen. Aufgrund dessen wurde dem Prager Garten am 17.2.97 an der gesamten Fassade eine eindeutige farbige Antwort und Aufforderung hinterlassen: Kein Raum für Faschisten !
Die Kneipe Rudolfseck am Rudolfsplatz war Sammel- und Schleusungspunkt der Faschisten mit Pendelverkehr zum Veranstaltungsort.
Dies ist kein Zufall !
Der Wirt des Rudolfeck unterstützt bzw. duldet offensichtliche Faschisten nicht nur an diesem Tag. Schon lange zählen sie zum Kreis seiner Gäste. Deshalb braucht das Rudolfseck seit der Nacht zum 15.2.97 eine neue Außenverglasung.
Alle sollten wissen, an Faschisten und ihren Treffen ist kein Geld zu verdienen !

Zur Anti-Atom/Anti-Siemens-Demo vom 8.2.1997

Das nächste Betroffenentreffen der bei bzw. nach der Demo festgenommenen Menschen ist am 10. April 1997 um 20 Uhr im Nachladen. Es wäre sehr gut, wenn da möglichst viele Leute kommen würden, da nur dann ein gemeinsames Vorgehen gegen eventuelle Prozesse usw. gewährleistet ist. Es soll eine Solifete für die anfallenden Prozeßkosten geben. Wir sind aber auch weiterhin donnerstags für Rückfragen usw. zu erreichen. Wir wollen nochmal daran erinnern, Gedächnisprotokolle, Photos von Verhaftungen (!) usw. beim Ermittlungsausschuß im Mehringhof abzugeben. Auf Post von den Bullen muß nicht reagiert werden!
Die Nachladen-Telefonnummer war falsch angegeben in der letzten Interim, die letzte Ziffer ist eine 9, keine 8! Sorry an alle, die uns deshalb nicht erreicht haben.

Demonachbereitungsgruppe
c/o Infoladen „Nachladen"
Waldemarstr. 36, 10999 Berlin
Tel. 030/6157329, Fax 030/6153860



HANNOVER BULLENFREI !!!

Bahn frei für ein paar geile Tage in Hannover
Diesmal gehört die Stadt uns...
Vom 2. bis 4. März sind

CHAOSTAGE

Sollen sich die Bullen mit den Müslis in Gorleben rumprügeln

Wir feiern in HANNOVER solange es noch steht !

Termine

20.2. Öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr in Halle. 16 Uhr am Galgenberg (das paßt!). Wer hinfahren will, erhält Infos im Büro.
4.3. Rassistische Abschiebepolitiker eröffnen das Jahr gegen Rassismus. Mit dabei das Bundesamt für Verfassungsschutz. Aus diesem Anlaß Demonstration eines antirassistischen Bündnisses , vorauss. um 10 Uhr vom Alex zum Haus der Kulturen der Welt. Infos im Büro.
5.3. Treffen der Gelöbnix-Angeklagten. 19 Uhr in der Kampagne.
5.3. Prozeß gegen den Totalen Kriegsdienstverweigerer Caspar von Bothmer. Landgericht Turmstraße. Uhrzeit und Raum im Büro erfragen.
6.3. „Im Namen des Volkes - Kein Asyl", ein Theaterstück der Berliner Compagnie zum Antirassismus-Jahr. Beginn um 19 Uhr im PODEWIL; Klosterstraße 68-70 (Mitte). Eintritt frei.
30.3. Ostermarsch in Wittstock für eine FREIe HEIDe. Infos im Büro.




Oranienstr. 25
10999 Berlin
Fon 030/615 005 30/31
Fax 030/615 005 29
Email campaign@berlin.snafu.de
WWW http://www.snafu.de/~campaign

Bankverbindung:
Konto 199 567
BLZ 500 901 00
Ökobank e.G.

Termine:

Do 27.2. 21.00 Uhr Ak Kraak Nr.15 Das neue Videomagazin, El Locco, Kreuzbergstr. 43
Fr 28.2. 19.00 Uhr "Warum Stirner den Blues hat", El Locco
Mo 03.3. 19.00 Uhr Vortrag:"Larissa Reissner (1895-1926)", A-Laden, Rathenower Str. 22
Di 04.3. 20.00 Uhr "Vogelfrei", F 1985, Regie: Agnés Varda, El Locco
Mi 05.3. 20.00 Uhr "Salz der Erde", USA 1953, Dok. Spielfilm, El Locco
So 09.3. 17.00 Uhr "Salz der Erde", El Locco
Mi 12.3. 20.00 Uhr "Diese Hände", Video, Tansania 1992, El Locco

Streckenplan



Anlaufstelle für Leute, die sich noch nicht den Camps angeschlossen haben, ist die Wiese in Dannenberg gegenüber der Esso-Tankstelle. Dort befindet sich die Information. Ein Camp wird auf der Wiese jedoch nicht eingerichtet werden.